

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 94

Offener Brief

an
Herrn
Dr. Eike Bohlken
Mitarbeiter im
(Forschungsinstitut für Philosophie Hannover)
www.fiph.de

13. Juli 2011

Anmerkungen zum

Interview von Karl-Ludwig Baader mit Ihnen in der HAZ vom 12. Juli 2011

Medienkompetenz für alle!

Verkommt der Begriff „Gemeinwohl“ zu einer Leerformel?

Nein, meint Eike Bohlken vom hannoverschen Forschungsinstitut für Philosophie -
und nimmt die politischen und wirtschaftlichen Eliten in die Pflicht

<http://www.haz.de/Nachrichten/Kultur/Uebersicht/Bohlken-vom-Forschungsinstitut-fuer-Philosophie-zum-Begriff-Gemeinwohl>

Sehr geehrter Dr. Bohlken,

gestern entdeckte ich beim Frühstück das Interview von K-L. Baader mit Ihnen. Mein Interesse war gleich hellwach. Das Bild von Ihnen zeigt mir einen mir sympathischen Menschen. Und als ich im "Kasten" las, daß Sie im FIPH arbeiten und auch schon als Musiker tätig waren, war ich sehr beeindruckt. Unabhängig davon, daß ich diese Art der Berichterstattung über die "Denk-Elite" für sinn- und wertvoll halte, war ich am Ende des Interviews vom Inhalt doch enttäuscht, weil mir Ihre Aussagen zu ungenau scheinen.¹ Schon in der Schlagzeile, die zum Ausdruck bringt, daß Sie die politischen und wirtschaftlichen Eliten in die Pflicht nehmen, fehlt mir der Hinweis auf die Gemeinwohlverpflichtung der lehrenden und forschenden Hochschulgemeinschaften und der schreibenden Zunft, denn was in der Politik und der Wirtschaft umgesetzt wird, wird maßgebend von den beiden genannten Bereichen mitgeformt.

Nun ist es ja so, daß jede Information, die wir aufnehmen auf einen vorhandenen persönlichen Hintergrund trifft. (Wir sind ja keine leeren Tonbänder oder CDs!) Ich selber setze mich aktuell gerade mit den folgenden Büchern auseinander:

Geld oder Natur in Literatur, Kunst und Musik von Werner Onken,
Ökosozial oder katastrophal / Die Politik hat die Wahl von Walter Meier-Solfrian,
Theorie des Eigentums von Pierre-Joseph Proudhon,
Bald Phönix - bald Asche / Ambivalenzen des Staates von Petra Dobner und
Wozu braucht man Demokratie? von Heidrun Abromeit.

Auch ist es ja so, daß diejenigen Menschen, die überhaupt öffentlich auf Wahrnehmungen aus dem öffentlichen Raum reagieren, meistens eine Rangfolge ihrer Reaktion bilden müssen. Gestern als ich mit der betreffenden Seite aus der HAZ frohgemut mich zu meinem PC begab, um Ihnen zu schreiben, habe ich erst den E-Mail-Eingang gelesen. Ich sah mich genötigt, meine Zeilen für Sie später zu formulieren, weil ich erst auf einen Beitrag - den ich über eine E-Mail-Liste erhalten hatte - reagieren wollte. Ich hatte vorgestern aufgrund eines Hinweises in Wikipedia auf den Verleger Rudolf Zitzmann, der während der Nazi-Herrschaft in mehreren KZ eingesperrt hat, geschrieben, daß dieser sich wegen der Herausgabe einer FKK-Zeitschrift von der CDU-Herrschaft im Nachkriegsdeutschland (genauer -BRD) geängelt fühlte. Da Zitzmann auch der Verleger wichtiger Veröffentlichungen der Freiwirtschaftsschule war, kam der indirekte Vorwurf, es sei doch auch unverantwortlich, die Freiwirtschaft mit der FKK zu belasten. Da ich den herrschenden gesellschaftlichen Geist im Nachkriegsdeutschland stark von den Kirchen geprägt sehe (und die damalige CDU-Herrschaft

¹ Die Qualität von Antworten in einem Interview hängen auch von der Qualität der Fragen ab. Und ich unterstelle, daß Sie in ihrer Habilitationsschrift durch Ausführlichkeit präziser sein können.

für eine Verhinderung der Trennung von Staat und Kirche betrachte), habe ich geantwortet, daß das Kirchenvolk mit den bekannten und unbekanntenen Ausnahmen "Zum größten Teil eine Bande von Heuchlern" sei. Ich bezog das nicht nur auf das Thema Sexualität, sondern auch auf die Ökonomie, auf die Haltung zum Zins und zur Bodenrente. Ich habe dann später geschrieben, daß die Aussage nur zuträfe, wenn man die gedankenlosen und desinteressierten Mitläufer einbeziehe. Aber seit dem Untergang der Naziherrschaft wissen wir von der Mitverantwortung und Mithaftung der Mitläufer. Aber wenn wir die Mitläufer aus der "Bande" abziehen, bleibt nur dann die Verantwortung der führenden religiösen Elite, die Sie in Ihrer Antwort auf die vorletzte Frage von Baader in Zweifel ziehen:

Man kann durchaus die Frage stellen, ob sie überhaupt welche haben.

Über die genannte E-Mail-Liste erhielt ich auch einen Link zu einem Beitrag in der Frankfurter Rundschau, in diesem Beitrag heißt es u.a.:

Die Fragen, die Günter Grass vergangenen Samstag stellte, inklusive der „Systemfrage“, erinnern an die Fragen, die 1968 gestellt wurden. Damals antwortete Grass mit „Es Pe De“ und dem „Tagebuch einer Schnecke“. Jetzt scheint die Schnecke im Jahre 1968 angekommen zu sein. Glücklicherweise sind aber die 68er und die Geschichte weiter gegangen.

<http://www.fr-online.de/kultur/eine-wolke-aus-nullen/-/1472786/8649768/-/index.html>

Die FR-Leute haben vergessen, was Karl-Hermann Flach – einst ein Wortführer unter den FR-Machern - formuliert hat (Siehe meinen Text mit der Ziffer 80.2.). Die Fragestellung Kapitalismus oder Sozialismus (genauer Marktwirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft) war schon 1968 falsch und es ist keine Ehrenbezeugung für die 68er-Generation, daß ihnen bescheinigt wird, diese Frage verdrängt zu haben. Die Systemfrage lautet für eine der Freiheit und Gerechtigkeit verpflichtete Gesellschaft immer noch: Marktwirtschaft oder Kapitalismus? Aber der Beantwortung dieser Frage versagen alle funktionalen und für das Gemeinwohl verantwortlichen Eliten, einschließlich jener, die in der HAZ-Redaktion und im FIPH sitzen.²

Aber zurück zu Ihren Äußerungen im HAZ-Interview:

Auf den Hinweis von Baader

Zumindest der Begriff der Elite hat einen ominösen Ruf.
antworten Sie:

Ich gehe aber davon aus, dass wir aus organisatorischen Gründen nicht ohne

² Diese Aussage verträgt sich durchaus mit einer Sympathie für den angesprochenen Personenkreis. Sie ist eine Kritik einer partiellen geistigen Blindheit.

Menschen, denen die Führungsposition in wichtigen sozialen Institutionen eine besondere Macht verleiht, auskommen.

Ich denke, eine Elitenbildung ist unvermeidbar und sie sind das Ergebnis eines nie endenden Prozesses der Interaktion und Kommunikation aus dem sich Menschen mit besonderen Fähigkeiten herauskristallisieren. Ich bezweifle dabei, daß es dabei zu einer totalen Fehlbesetzung in die nicht genau bestimmbare Gruppe der Elite kommen kann, nicht aber, daß auch informelle Mitglieder der Elite moralische Mängel aufweisen können. Eine Elite kann dadurch versagen, daß ihre Selektion durch einen falschen oder problematischen Zeitgeist erfolgt. Und die Frage ist, wie man einer falsch programmierten Elite die Macht – im Sinne von Einfluß und Entscheidungsrechte - nimmt und die Bildung einer neuen, besseren Elite fördert. Mit anderen Worten: Wie gestalten wir unsere Kulturlandschaft, daß die Eliten aus Optimierungsgründen einem ständigen Qualitätswettbewerb ausgesetzt sind?

Sie stellen die Frage, wie man den Begriff *Gemeinwohl* mit Inhalt füllen kann und antworten wörtlich:

Dies geht, wenn man auf einer ersten Stufe den Begriff eines basalen Gemeinwohls zugrunde legt. Es umfasst alle Güter, die ein Mensch braucht, um sich in seiner Existenz als in Gemeinschaft lebendes Natur-Kultur-Wesen erhalten zu können. Also materielle Güter wie Nahrung, Trinkwasser, eine saubere Umwelt und ein basales Gesundheitssystem. Aber auch eine Rechtsordnung, die das Recht auf Leib und Leben schützt. Hinzu kommt eine basale Schulbildung, um das zu sichern, was ich kulturelle Autonomie nenne. Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihre Freiheit als kulturschaffende Wesen auszuleben.

Hier bleibt offen, ob bei den basalen (grundlegend und voraussetzungslosen) Gegebenheiten an eine verbesserte Hartz-IV-Situation gedacht wird oder an ein bedingungsloses Grundeinkommen. Nicht zu erkennen ist, ob dabei an die Schaffung von Bedingungen gedacht wird, die den autonomen Menschen ermöglicht, sich und die seinen durch eigene Kraft nach eigenen Vorstellungen zu versorgen. In dieser Frage offenbart sich das ganze Elend der heutigen Elite. Wenn nämlich gelten soll, daß alle Menschen mit dem gleichen Recht geboren sind und die Erde und ihre Schätze die Voraussetzung ihrer Existenz sind, dann muß beantwortet werden, wie das bodenrechtlich gestaltet werden soll. Zum Beispiel durch die Abschöpfung aller unvermeidlichen, in unterschiedlicher Höhe anfallenden Renten aus der Nutzung des Bodens und Hebung der Bodenschätze und eine Rückverteilung pro Kopf.

Auf die nächste Frage von Baader

Dieser Begriff verpflichtet jeden Bürger, seine eigenen Interessen mit Blick auf allgemeine gesellschaftliche Interessen zu hinterfragen. Die inhaltliche Bestimmung des Gemeinwohls ist also immer auch Gegenstand einer gesellschaftlichen Verhandlung. Ist die Definition nicht eher eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als der Norm?

antworten Sie:

„Zumindest die basalen Gemeinwohlgüter müssen jedem Einzelnen zur Verfügung stehen, das kann nicht Gegenstand einer Abstimmung sein.“

Bei Heidrun Abromeit habe ich gerade in dem Kapitel „Die Geschichte der Demokratietheorie als Geschichte des Zweifels“ gelesen:

> Auch und gerade „in einer auf die Volkssouveränität gegründeten politischen Gemeinschaft“ (so Constant 1815; 1972: 19f.) „ist es falsch, daß die Gemeinschaft insgesamt ihren Gliedern gegenüber über eine unbegrenzte Souveränität verfügt“; vielmehr befindet sich ein großer Teil der menschlichen Existenz „von Rechts wegen außerhalb jeder Kompetenz der Gemeinschaft“. „Die Zustimmung der Mehrheit genügt keineswegs in allen Fällen, um ihre Taten zu legitimieren. Es gibt welche, die nichts legitimieren kann ... Und wäre es die ganze Nation mit Ausnahme nur des einen Bürgers, den sie unterdrückt, so wäre sie deshalb doch nicht minder illegitim.“ ... <

(S.83)

Ich selbst befürworte, daß wir mehr direkte Demokratie einführen, ermahne aber die Freunde von *Mehr Demokratie e.V.* seit langem besser die Grenzen von der repräsentativen und der direkten Demokratie gegenüber dem Individuum zu beachten. Auch der demokratische Staat kann sich zu einem Tyrannen entwickeln. Aber bedingungslose Zurverfügungstellung der basalen Güter setzt auch voraus, daß die einen sich für die Schaffung und Erhaltung der basalen Güter krumm machen, ohne die anderen – die „faul in der Sonne liegen“ - veranlassen zu können, sich an dem Aufwand und an der Anstrengung, die die basalen Güter verursachen, zu beteiligen. Es ist dann die Umformulierung von „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ in „Wer da nichts tut, darf genauso gut essen, wie die, die da schwitzen und den Rücken krumm machen!“.

Die nächste Frage von Baader:

Aber wie misst man das, was basal, also absolut notwendig ist und niemandem vorenthalten werden darf? Was bedeutet das beispielsweise für die Schulbildung?

Ihre Antwort:

Das Bildungsangebot muss etwa garantieren, dass jeder sich über das politische Geschehen informieren und an ihm teilnehmen kann, also über eine gewisse Medienkompetenz verfügt. Es muss Grundkenntnisse darüber vermitteln, dass es Kulturbereiche wie Moral, Wissenschaft, Kunst und Religion gibt, und worum es dort geht. ...

Bei Heidrun Abromeit kann man auch lesen, daß die Klassiker der Demokratietheorie die Bildung, das Eigentum und die Muße als Voraussetzungen der Demokratie einstufen.³ Ihre Aussage besagt aber nichts darüber aus, ob das Bildungsangebot⁴ zwangsweise mit Bußgeld oder Beugehaft umgesetzt werden soll oder ob die Bildung ein Prozeß ist, dem man sich freiwillig aussetzt oder auch entziehen kann. Alle lokalisierbaren Eliten in Deutschland sind gegenüber unseren praktizierten Bildungskommunismus blind. Alle nationalistischen Regungen im Volk werden als nationalsozialistisch verfolgt, nur ein von den Nationalsozialisten geprägter Schulzwang wird als Kulturbestandteil unserer Gesellschaft gefeiert.

Später sagen Sie:

Es ist offenkundig nicht dem Gemeinwohl entsprechend, wenn private Geldgeber die Möglichkeit haben, gegen Staaten zu spekulieren.

Wenn die Eliten und der Gesetzgeber Institutionen und Strukturen zulassen, die Spekulationen in einer die Gemeinschaft gefährdenden Form schaffen, zulassen und nicht zurücknehmen, dann ist nicht den Spekulanten ein Vorwurf zu machen, sondern den nachlässigen Gestaltern des Gemeinwohls. Aber nicht nur in Bezug auf die Spekulation ist die Kapitalkonzentration gefährlich, sondern auch in Bezug auf die Information und Meinungsbildung. Am 11. Juli war unter dem Titel "Mudochs Marionetten spielen nicht mehr mit" in der HAZ die Schlagzeile zu lesen: "Absturz eines Giganten: der mächtigste Verleger der Welt hat Großbritannien 30 Jahre lang manipuliert - nun scheint der Bann gebrochen". Die antimarktwirtschaftlichen, kapitalistischen und auch die staatlichen oligopolistisch strukturierten Medien sind eine ständige Gefährdung der offen und vielfältigen Meinungsbildung. Und aus dieser Ecke kommt auch das Bedauern darüber, daß das Internet die Meinungsbildung ein Stück weit demokratisiert hat. Ich gehe abschließend noch auf die nächsten beiden Blöcke des Interviews, "moralische Intervention" und "Rentabilität", ein.

³ Wobei in "Das Recht auf Faulheit" von Paul Lafargue fälschlicherweise Muße mit Faulheit gleichgesetzt wird.

⁴ Angebot ist ein Begriff, der die freie Annahme oder Ablehnung voraussetzt.

Baader:

Jede moralische Intervention, wie Sie sie formulieren, ist mit Einwänden konfrontiert, die entweder mit realpolitischen Erwägungen oder wirtschaftlichen Sachzwängen operieren.

Ihre Antwort:

In unserer Gesellschaft muss neu diskutiert werden, was man überhaupt unter Wirtschaft versteht. Die formale Auffassung lautet: Wirtschaften ist das Erzeugen von Gewinn. Was produziert wird, ist sekundär. Es gibt aber auch eine Auffassung, für die der Nutzen, die Lebensdienlichkeit des Produzierten, entscheidend ist.

Ihre Antwort gefällt mir bis auf die Verwendung des Begriffes Gewinn an dieser Stelle anstatt des Begriffes Rendite. Das kann aber daran liegen, daß beide Begriffe mehrdeutig und nicht genau abgegrenzt benutzt werden. Wenn man Gewinn mit Reinertrag gleichsetzt, dann haben auch Sie bestimmt nicht die Absicht, ohne Gewinn Berufsphilosoph zu werden. Wenn Sie in diesem Bereich noch ihr (vielleicht vorhandenes Geld) mitbringen müßten, würden sie sicher auf die Rolle des Musikers ausweichen, sofern dieser Markt einen nährenden Erlös ermöglicht.

Die von Ihnen erörterten Fragen haben selbstverständlich eine moralische Dimension, aber es geht dabei doch nicht um eine geistige Erbauung im Feierabend, sondern um die Gestaltung einer gesellschaftlichen Ordnung, die Selbstmordrate niedrig hält, die Bürger- und Völkerkriege vermeidbar macht und das Streben aus Eigennutz des Einzelnen tatsächlich das Gemeinwohl fördert, wie die Klassiker der Marktwirtschaft sich das vorgestellt haben.

Welche Rolle spielt dabei die Rentabilität?

fragt Karl-Ludwig Baader. Sie antworten:

Primat der Politik heißt nicht Planwirtschaft – dieses Konzept ist historisch gescheitert. Meine Theorie der Gemeinwohlpflichten setzt durchaus auf Eigeninteresse. Das Gewinnprinzip als solches soll nicht angetastet werden. Aber es muss eingehegt werden, wenn es die Produktion von basalen Gemeinwohlsgütern beeinträchtigt. Dann liegt ein Marktversagen vor. Wenn nötig, müssen Gesetze Abhilfe schaffen. Ein Beispiel: Wenn keine Umweltrichtlinien bestehen, hätten einzelne Produzenten, die auf dem Gebiet des Umweltschutzes ihren Gemeinwohlpflichten nachkommen, einen Wettbewerbsnachteil. Gesetze sollen es jedem ermöglichen oder erleichtern, seine Gemeinwohlpflichten zu erfüllen.

Wie ich schon weiter oben sagte, geht es heute gar nicht mehr um eine Entscheidung zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft, sondern um eine Entscheidung gegen den Kapitalis-

mus zu Gunsten der Marktwirtschaft. Es kommt hier aber zu keinem Fortschritt, weil die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verwendet werden, was falsch ist. Der Begriff des Kapitalismus soll auf das Haupt des Rindes zurückgehen, als das Rind auch eine Währungseinheit war. Die Frucht der Kuh, das Kalb, gehörte aber nicht dem Besitzer sondern dem Eigentümer der Kuh. Ich vermute stark, daß das biblische goldene Kalb hier seinen Ursprung hat. Wenn das FIPH sich um die Klärung dieser Frage und um die Jahrhunderte dauernde Diskussion – ob der Vorgang im biblischen Sinne gerechtfertigt ist – kümmern würde, dann wäre es auf der Höhe der Probleme unserer Zeit. Und wenn meine Annahme vom Ursprung des Bildes vom goldenen Kalb richtig ist, dann sind die heutigen Kirchen geradezu ein Ausdruck von der Anbetung des goldenen Kalbes, also antibiblische Vereinigungen.

Der Gewinn, der Ertrag zielt auf ein Arbeitsergebnis, die Rendite, die Rentabilität dagegen ist der Anspruch des eingesetzten Kapitals auf einen Teil des Arbeitsergebnisses. Der wahre Name der Rentabilität ist *arbeitsloses* oder *müheloses Einkommen*. Ziel der freiheitlichen Sozialisten und auch der christlichen Soziallehre - soweit ich das beurteilen kann - war und ist die Erreichung des vollen Arbeitsertrages für die Arbeit. Diese Zielbeschreibung stimmt insofern mit der liberalen Auffassung überein, die die Marktwirtschaft als ein dezentrales System des Leistungsaustausches beschreibt. Der Gegenwartsmensch kann aber nicht sicher sein, wenn von Marktwirtschaft die Rede ist, daß auch Marktwirtschaft gemeint ist, deshalb verwunderte mich auch die nachfolgende Meldung:

Am 28. Juni war in der HAZ zu lesen:

"Stiftung ehrt Erzbischof Marx

Berlin/München: Der Münchener Erzbischof Reinhard Marx erhält den diesjährigen Preis "Soziale Marktwirtschaft" der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die undotierte Auszeichnung werde am 7. Dezember in der Frankfurter Paulskirche verliehen, teilte der Stiftungsvorsitzende Hans-Gert Pöttering am Montag in Berlin mit. Kardinal Marx stelle die Marktwirtschaft in seinen Äußerungen auf ein "Fundament fester Prinzipien und Wertvorstellungen" und lasse sich dabei vom christlichen Menschenbild leiten, heißt es in der Begründung der Jury. epd"

Ich habe - als ich die Nachricht gelesen hatte - die Beteiligten einer E-Mail-Liste gefragt, was denn dieser Bischof eigentlich vertritt, denn es sei doch erstaunlich, wenn eine etablierte Stiftung - wie die der Konrad-Adenauer-Stiftung - die Marktwirtschaft auf ein festes Fundament stellen wolle. Rudolf Mehl von dem Verein Christen für gerechte Wirtschaftsordnung antwortete darauf:

Liebe Leserinnen und Leser,
einen Baustein zu der Antwort können wir CGW beitragen: Eine Buchbesprechung in unserem Rundbrief vom Juni 2009, S. 8 ff.

www.cgw.de/pdf/rundbriefe/cgw-rundbrief_2009-06.pdf

Es handelt sich um das Buch von Dr. Reinhard Marx mit dem Titel: "Das Kapital - Ein Plädoyer für den Menschen. Der Schluß der Buchbesprechung von Joachim Sikora, Direktor a.D. des Katholisch-Sozialen Instituts, Bad Honnef (zuerst erschienen in "Caritas in NRW", Ausgabe 1/09 lautet:

Für diese neoliberal weichgespülte katholische Soziallehre habe ich kein Verständnis. Wenn es einen Vorrang der Arbeit vor dem Kapital gibt, was der Autor auf Seite 238 bestätigt, dann kann unser aktuelles Gesellschaftsmodell noch nicht das Ende der Entwicklung sein. Der gewählte Buchtitel

„Das Kapital“

hat eine vermarktungsstrategische, aber keine inhaltliche Bedeutung. Dieser neoliberal „aufbereitete“ Reader der katholischen Soziallehre bietet keine gesellschaftlichen Visionen, die über den Rahmen des bereits Diskutierten hinausweisen würden. Der Autor ist zwar ein Prominenter, aber kein Prophet.

Im Stile der Rating-Agenturen platziere ich das Buch unter „triple B“.

Ich selber halte es zwar für problematisch und nicht gerechtfertigt alle theoretischen und tatsächlichen Fehlentwicklungen der Ökonomie unter die Begriffe neoliberal und Neoliberalismus zusammenzufassen, komme aber selber zu dem Schluß, daß die größten Feinde der Freiheit und der ökonomischen Gerechtigkeit sich Liberale nennen und unter der ge- oder verfälschten Fahne *Marktwirtschaft* marschieren.

Mit Respekt für Ihren gedanklichen Einsatz für unsere Gesellschaft und

freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit